

## Potsdamer Erklärung

Seit dem 12. September 1998, also seit mehr als sieben Jahren, befinden sich fünf Cubaner,

- Antonio Guerrero Rodríguez,
- Fernando González Llort,
- Gerardo Hernández Nordelo,
- Ramón Labañino Salazar und
- René González Schwerert,

zu Unrecht in Gefängnissen in den Vereinigten Staaten. Sie haben ihre Freiheit, ihre Gesundheit und ihr Leben eingesetzt, um zu verhindern, daß vom Boden der Vereinigten Staaten aus weiterhin terroristische Angriffe von den Terrorgruppen der Exilcubaner gegen Cuba verübt werden. Sie sind für ihren selbstlosen Einsatz von einem Gericht in Miami in einem offensichtlich politisch motivierten Prozeß zu grausamen, überaus harten Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Eine Arbeitsgruppe der UN-Menschenrechtskommission in Genf hat im Frühjahr dieses Jahres festgestellt, daß die Festnahme und die Inhaftierung der Fünf unter Menschenrechtsgesichtspunkten als willkürlich anzusehen ist. Ein aus drei Richtern bestehendes Kollegium des von den Fünf angerufenen Appellationsgerichts in Atlanta hat am 9. August dieses Jahres in einer einstimmig beschlossenen Entscheidung geurteilt, daß die gegen sie verhängten Urteile und damit die gegen sie ausgesprochenen Strafen null und nichtig sind.

In etwa 80 Ländern gibt es inzwischen mehr als 240 Komitees, die sich die Freilassung dieser fünf Kämpfer gegen den Terrorismus zum Ziel gesetzt haben. Das deutsche Komitee ¡Basta Ya! wurde am 14. Dezember 2002 in Köln gegründet. Heute sind wir in Potsdam zusammengekommen, um den dritten Jahrestag der Gründung dieses Komitees zu begehen.

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Jubiläumsveranstaltung, nutzen die Gelegenheit, um vor allem auf die Ungerechtigkeiten im Falle der Fünf hinzuweisen, und erheben folgende Forderungen:

1. Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten auf, die sofortige und bedingungslose Freilassung der Fünf zu veranlassen.
2. Wir fordern, daß die den Gefangenen und ihren Familienangehörigen nach dem nationalen Recht der Vereinigten Staaten und nach internationalem Recht zustehenden Rechte uneingeschränkt gewährt werden und dass insbesondere das Besuchsrecht garantiert wird, solange die Fünf in Gefangenschaft bleiben.
3. Wir fordern von der Regierung der Vereinigten Staaten des weiteren, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dem von ihrem Territorium ausgehenden Terrorismus gegen Cuba ein Ende zu bereiten, insbesondere die Unterstützung der von ihrem Boden aus gegen Cuba operierenden Terrororganisationen sofort einzustellen.
4. Wir fordern ferner, daß die zuständigen Behörden und Gerichte der Vereinigten Staaten alle in ihrem Verantwortungsbereich begangenen terroristischen Aktivi-

täten untersuchen und identifizierte mutmaßliche Täter ihrer gerechten Bestrafung zuführen. Insbesondere fordern wir, daß der als Terrorist bekannte, sich selbst als solcher bekennende und in Venezuela bereits verurteilte Luis Posada Carriles ausgeliefert wird, um sich für seine Untaten zu verantworten.

5. Wir erwarten von dem aus zwölf Richtern bestehenden Plenum des Appellationsgerichts in Atlanta, daß es die Entscheidung des Drei-Richter-Kollegiums vom 9. August dieses Jahres bestätigt und so schnell wie möglich zu einer Entscheidung gelangt, damit die Zeit der ungerechtfertigten Inhaftierung der Fünf alsbald ein Ende findet.
6. Wir verurteilen schließlich auf das Schärfste die völkerrechtswidrige und inhumane wirtschaftliche Blockade, die von Seiten der Vereinigten Staaten seit mehr als 45 Jahren gegen Cuba und seine Bevölkerung aufrechterhalten wird, und fordern die Regierung in Washington auf, den Entscheidungen der UNO, zuletzt vom 8. November 2005, den ihnen gebührenden Respekt zu erweisen und die Blockademaßnahmen unverzüglich aufzuheben.
7. Wir begrüßen ausdrücklich, daß die Bundesrepublik Deutschland sich in der letzten Generalversammlung der UNO der Mehrheit der Völker angeschlossen und entsprechend dem von Cuba vorgelegten Resolutionsentwurf für die Aufhebung der Blockade gegen Cuba votiert hat. Wir erwarten von dem neu gewählten Bundestag und der neuen Bundesregierung die Wiederaufnahme guter, freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern und ihren Einsatz dahingehend, daß auch die Europäische Union ihr Verhältnis zu Cuba verbessert, und zwar unter strikter Respektierung der Souveränität Cubas und seines Rechtes, frei über seinen politischen Status zu entscheiden und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unabhängig zu gestalten.

Potsdam, den 10. Dezember 2005